

6 Thesen zum Emissionshandel

Lesen Sie den folgenden Zeitungsartikel und nehmen Sie zu den Thesen auf der nächsten Seite Stellung.

«Mehr Ökologie dank Marktmechanismen»

Der Emissionshandel ist ein Instrument zur Erreichung der Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls. Dahinter steht ein Marktmechanismus: Der Ausstoss von CO₂ bekommt einen Preis, und folglich werden Emissionen dort eingespart, wo es am billigsten ist. Die Idee greift: 2006 betrug das Volumen des Emissionshandels 1360 Millionen Tonnen CO₂.

Von Doris Kleck und Beat Rechsteiner (Schaffhauser Nachrichten, 27. April 2007)

Die Klimarahmenkonvention der UNO, die 1992 am Weltgipfel in Rio de Janeiro verabschiedet wurde, bildet die Grundlage der internationalen Klimapolitik. Ziel der Vereinbarung ist die schrittweise Reduktion der Treibhausgasemissionen, die von der Menschheit verursacht werden. Quantifiziert wurden die Reduktionsziele für die Industriestaaten - die Entwicklungsländer sind davon noch ausgeschlossen - allerdings erst 1997 im Kyoto-Protokoll. Die Schweiz hat sich dabei verpflichtet, in der Periode 2008 bis 2012 die Treibhausgase gegenüber 1990 um Durchschnitt um acht Prozent zu senken. In Zahlen entspricht dies rund vier Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Der Einfachheit halber werden die unterschiedlichen Klimawirkungen der sechs Treibhausgase in CO₂-Werten ausgedrückt.

Kyoto und seine Mechanismen

Um die Reduktionsziele zu erreichen, haben die Kyoto-Staaten vier Möglichkeiten. Es liegt auf der Hand, dass die Verringerung des Treibhausgasausstosses innerhalb eines Landes die wichtigste Massnahme ist. Im Kyoto-Protokoll wurden daneben auch die so genannten flexiblen Mechanismen verankert, die aber nur als Ergänzung zu den innerstaatlichen Massnahmen eingesetzt werden dürfen. Dabei wird einerseits zwischen den projektbasierten Mechanismen CDM (Clean Development Mechanism) sowie JI (Joint Implementation) und andererseits dem Handel mit Emissionsrechten unterschieden. Bei den projektbasierten Mechanismen erhalten die Staaten Emissionsrechte, indem sie konkrete Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern (CDM) oder in anderen Industriestaaten (JI) unterstützen.

Kauf Rechte und emitieren

Für den Emissionshandel erhalten die Kyoto-Vertragsparteien entsprechend den Reduktionszielen Emissionsrechte zugesprochen. Verfügt ein

Land über zu viele Emissionsrechte, verkauft es diese an andere Staaten, die dadurch das Recht erhalten, mehr Emissionen auszustossen. Den Staaten ist es überlassen, ob sie die Emissionsrechte an Unternehmen weitergeben, damit diese an nationalen oder internationalen Handelssystemen teilnehmen können.

Hinter dem Emissionshandel steckt die Idee, dass der CO₂-Ausstoss dort vermindert wird, wo es am kostengünstigsten möglich ist. Der Emissionshandel ist an sich ein reiner Umverteilungsmechanismus. Eine Verminderung der Emissionen wird trotzdem erreicht, da die Politik Reduktionsziele festlegt. Im letzten Jahr wurden weltweit bereits 1360 Millionen Tonnen CO₂ gehandelt, 2004 waren es gerade einmal 125 Millionen Tonnen. 80 Prozent des Handels fand in Europa statt. Das EU-Emissionshandelssystem ist das grösste weltweit. Seit 2005 nehmen 12 000 grosse CO₂-Verursacher daran teil.

Emissionshandel - Ein Rechenbeispiel

Ausgangslage

Zwei Unternehmen stossen jährlich 100 000 Tonnen CO₂ aus. Vom Staat erhalten sie aber nur Emissionsrechte im Wert von 95 000 Tonnen CO₂. Die Betriebe stehen nun vor der Frage, ob sie in die Reduktion von Schadstoffen oder in Emissionszertifikate investieren.

Effekt

Die Reduktion von Emissionen kostet für die Unternehmung A fünf Franken pro Tonne, für die Unternehmung B jedoch 15 Franken. Der Marktpreis für ein Emissionszertifikat liegt bei 10 Franken pro Tonne. Für den Betrieb A kommt es günstiger, die Emissionen selbst zu reduzieren. Denn mit dem Verkauf von 5000 Emissionsrechten löst sie 50 000 Franken. Damit sind die Reduktionskosten gedeckt. Die Unternehmung B kauft hingegen 5000 Emissionsrechte. Das ist billiger, als 75 000 Franken für die Emissionsreduktion auszugeben.

6 Thesen zum Emissionshandel

1. Im Grunde ist der Emissionshandel nichts weiter als ein modernes Ablasssystem: Wir im Westen bezahlen, damit wir nicht länger ein schlechtes Gewissen haben müssen.
2. Meinten wir es wirklich ernst mit dem Klimaschutz, würden wir versuchen, bei uns Energie zu sparen und die Energieeffizienz zu steigern, anstatt in anderen Ländern Firmen zu subventionieren.
3. Das Ziel wäre es, über ein marktwirtschaftliches System den Klimaschutz voranzutreiben. Im Grunde aber verhindert das Feilschen um nationale Reduktionsziele ein ökonomisch effizientes Funktionieren. Eine Lenkungsabgabe wäre effizienter.
4. Mag sein, dass dies eine Kinderkrankheit des Emissionshandels ist, doch solange nicht eine globale, alle Branchen umfassende Handelsplattform entsteht, wird der angestrebte offene Wettbewerb nicht erreicht werden können.
5. Die Festsetzung von Reduktionszielen, ihre Umsetzung auf Unternehmensebene und ihre Kontrolle bringen eine grosse, bürokratische Umverteilungsorganisation mit sich. Der Apparat wird aufgebläht, derweil das Arbeiten an der Basis verkompliziert wird.
6. Wer kontrolliert eigentlich wen und wie? Es ist blauäugig zu glauben, die einzelnen Nationalstaaten, die Reduktionsziele vorgegeben bekommen, seien an einem wirklich stichhaltigen Kontrollsystem interessiert.